

Kurzbericht Ausschuss Frauen- und Familienpolitik vom 26.11.2019

[Ausschuss Einladung_20191126](#)

FORBA-Studie zu Erwerbsarbeit und Elternteilzeit, [Präsentation AK Bettina Stadler_20191126](#):

- Ausgangslage: „Österreich ist ein konservativer Wohlstandsstaat“ (Esping Anderson); Verantwortung der Elternarbeit liegt beim Individuum (vor allem den Frauen); Erwerbsarbeit ist männlich dominiert, Bildungserwerb aber immer mehr weiblich; Spannungsfeld zwischen gesellschaftlicher Norm vs Wunsch/Notwendigkeit; Phänomen der „Part Time Revolution“ (Anstieg der Teilzeitbeschäftigungen).
- Datengrundlage ist der Mikrozensus 2005 bis 2017. Als erwerbstätig galt, wer min. 1 Std./Woche gegen Bezahlung gearbeitet hat. Da es keine Daten zur tatsächlichen Inanspruchnahme der Elternteilzeit gibt, wurde abgeleitet, wer gesetzlich Anspruch hätte.
- Ergebnis/Kurzfasit: Die Zahl erwerbstätiger Frauen mit Kind(ern) ist seit Einführung des gesetzlichen Anspruchs auf Elternteilzeit gestiegen, allerdings mit deutlichem Trend zur Teilzeitbeschäftigung. Diese Dynamik ist vor allem in ländlichen Bereichen, bei Frauen mit Lehrabschluss und BHS Ausbildung und in großen Betrieben am stärksten beobachtbar. Der Anteil an Männern mit Kind(ern) in Erwerbstätigkeit hat sich hingegen kaum verändert. Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung wurde kaum genutzt und ist in einigen Bereichen sogar leicht zurückgegangen.

Bericht der Abteilung:

- Projekt von Verein Sprungbrett und AK Wien „Act4Respect“. Laufzeit von August 2019 bis Juli 2021. Inhalt: österreichweite Telefonberatung für Betroffene von sexueller Belästigung am Arbeitsplatz (0650 600 7080), Auskunft, Einzelberatung, Sensibilisierungsmaßnahmen für Lehrlingsgruppen, Infoveranstaltungen, Erstellung eines Leitfadens.

Anträge:

- [FSG03 – S – FF – Pension und Berufsverlauf](#) wurde nicht mehr diskutiert, weil schon angenommen.
- [KOMintern05 – S – Stopp der Gewalt gegen Frauen](#) wurde kurz besprochen (vor allem war unklar, warum er nicht bereits in der Vollversammlung angenommen wurde – Maßnahmen um den 25.11. waren vermutlich unklar) und dann im Ausschuss angenommen.
- [FA01 – S – Ausbau Öffnungszeiten](#) wurde kurz diskutiert – von FA war niemand anwesend – und einstimmig abgelehnt. Begründung: es sollten eher Maßnahmen gegen die neoliberalen Flexibilisierungstendenzen überlegt und umgesetzt werden. Die von der FA vorgelegten Forderungen würden diese Tendenzen nur befeuern und noch zusätzliche (Folge)probleme schaffen. Auch die Bedürfnisse der zu betreuenden Kinder würden dabei zu kurz kommen.

Allfälliges:

Nächste Termine: 31.01.2020 und 29.04.2020.